Politradar Wasser 45

Eawag und Wasser-Agenda 21 haben für Sie eine Auswahl von wasserpolitisch relevanten Informationen der vergangenen Monate zusammengestellt. Die Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Wir wünschen eine spannende Lektüre!

Bisherige Ausgaben des Politradars

Für Hinweise oder Rückfragen wenden Sie sich bitte an info@eawag.ch.

Bundesrat und Verwaltung

30.04.2025 Biozid-Einsatz im Wald gegen invasive Arten wie Asiatische Hornisse: Am 26.3. eröffnete das UVEK eine verkürzte Vernehmlassung. Gemäss SVGW erhöht der, wenn auch begrenzte, Einsatz von Bioziden im Wald die Risiken für die Trinkwassergewinnung. Der SVGW fordert, dass Biozide im Wald nicht im Zustrombereich von Trinkwasserfassungen eingesetzt werden dürfen. Bevor eine Zulassung geprüft wird, müssten die Zustrombereiche bezeichnet worden sein. Siehe Artikel in Aqua & Gas.

21.05.2025 Dritte Rhonekorrektion: Bundesrat gibt Verpflichtungskredit für Chablais und Rhonedelta frei.

23.05.2025 Unwetterschäden 2024: zusätzliche Mittel: Vor dem Hintergrund der heftigen Gewitter im Juni 2024, die insbesondere in den Kantonen Tessin, Wallis und Graubünden zu Hochwasser, Überschwemmungen und Rutschungen führten, sucht der BR Möglichkeiten, die drei besonders betroffenen Kantone zusätzlich finanziell zu unterstützen. Er hat das UVEK beauftragt, eine Sonderbotschaft für eine ausserordentliche Bundeshilfe zuhanden des Parlaments auszuarbeiten. Eine Vernehmlassung ist für Herbst 2025 vorgesehen.

05.06.2025 Der BAFU-Bericht «Klima-Risikoanalyse für die Schweiz» bewertet die Risiken und schätzt ihre Entwicklung bis zum Jahr 2060 ein. Das grösste Risiko stellt weiterhin die zunehmende Hitzebelastung dar. Es werden fünf sektorübergreifende Herausforderungen identifiziert: Hitzebelastung, Sommertrockenheit, steigende

	Durchschnittstemperaturen, wachsendes Risiko von Naturgefahren sowie Veränderung von Lebensräumen und Artenzusammensetzung.
13.06.2025	Der BR hat den Bericht zum Postulat 23.3006 «Potenzial für Erneuerungen und Erweiterungen bei der Grosswasserkraft» der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrates (UREK-N) gutgeheissen. Gemäss Bericht besteht ein erhebliches Ausbaupotenzial. Gleichzeitig bestehen aber Unsicherheiten im Zusammenhang mit dem Auslaufen der Konzessionen, umweltrechtlichen Vorschriften, der Rentabilität sowie allfällige Einsprachen. Siehe Medienmitteilung.
16.06.2025	Der BR beantwortet eine kritische Frage zu fehlenden Grenzwerten für Pyrethroide 25.7479 von NR Candan Hasan (SP/LU). Grenzwerte seien für diejenigen Stoffe erforderlich, welche die Fortpflanzung, Entwicklung und Gesundheit empfindlicher Pflanzen, Tiere und Mikroorganismen beeinträchtigen. Der BR will Ergebnisse der Gewässeruntersuchungen und deren ökotoxikologische Beurteilung bei der Auswahl der Stoffe berücksichtigen und im Herbst über eine Aufnahme von weiteren Stoffen in die GSchV entscheiden.
17.06.2025	(6.6.) Der BR unterzeichnet ein Abkommen mit Norwegen zur Speicherung von Schweizer CO2 in Norwegen. U.a. wird CO2 unter dem Meeresboden dauerhaft gespeichert.

Parlament (NR = Nationalrat, SR = Ständerat)

04.06.2025	Der SR folgt dem Antrag des BR und nimmt als Erstrat die Motion 25.3421 der UREK-S an: PFAS-Grenzwerte unter Berücksichtigung der Auswirkungen, insbesondere für die Landwirtschaft oder die Wasserversorger, sachgerecht festlegen und Massnahmen zur Unterstützung der Landwirtschaft einleiten. Der BR wird beauftragt, PFAS-spezifische Werte in den Verordnungen festzulegen. Allerdings sollen dabei neben den Gesundheits- und Umweltrisiken auch weitere “gesellschaftliche und wirtschaftliche Aspekte” einbezogen werden, um Härtefälle bei landwirtschaftlichen Betrieben zu vermeiden. Eine Minderheit der Kommission beantragte Ablehnung.

04.06.2025	Entgegen dem Antrag des BR nimmt der NR die Motion 24.3078 von Nicolas Kolly (SVP/FR), Aufhebung der Pflicht zur Verwendung von Digiflux für Landwirtschaftsbetriebe, in der vom SR abgeänderten Fassung an.
05.06.2025	Beschleunigungserlass 23.051: Differenzbereinigung im SR. Eine bürgerliche Mehrheit um Beat Rieder (Die Mitte/VS) spricht sich dafür aus, das Beschwerderecht der Umweltverbände bei den 16 Wasserkraftprojekten zu streichen. Dies entgegen den Zusicherungen des BR bei der Abstimmung über das Stromgesetz und auf die Gefahr hin, dass von den Umweltverbänden das Referendum ergriffen wird. Demgegenüber wollte der NR das Beschwerderecht nur einschränken, nicht streichen. Zudem stimmt der SR einem Vorschlag zu, der die Ersatzmassnahmen beibehält, aber die Ausgleichsmassnahmen abschwächt.
12.06.2025	Der NR nimmt die Motion 23.4379 von Werner Salzmann (SVP/BE) an, Anpassung des Gewässerschutzgesetzes an die praktizierte Nutztierhaltung. Sie verlangt, dass alle landwirtschaftlichen Betriebe ab einer Grösse von mindestens acht Düngergrossvieheinheiten ihr häusliches Abwasser mit dem Hofdünger vermischen dürfen und von der Anschlusspflicht an die öffentliche Kanalisation befreit werden. Bisher ist das nur für Betriebe mit Rinder- oder Schweinehaltung möglich.
12.06.2025	Der SR nimmt entgegen dem Antrag des BR das Postulat 25.3431 von Maya Graf (GPS/BL) an, wonach der Bund berichten soll, wie es um die “Forschung zu Risiken und nachhaltigem Umgang mit Chemikalien (Chemikaliensicherheit)” steht. In seiner Stellungnahme anerkennt der BR zwar das grundlegende Anliegen eines zusätzlichen interdisziplinären Forschungsbedarfs für risikobehaftete Chemikalien (z.B. PFAS), verschiebt aber die Diskussion über ein entsprechendes Nationales Forschungsprogramme (NFP) auf 2026.
13.06.2025	Claudia Friedl (SP/SG) verlangt mit einer Motion (25.3605), den Straftatenkatalog der Lex Schweizerhalle mit weiteren Umweltdelikten zu ergänzen. Als aktuelles Beispiel wird die Verschmutzung des Bodensees mit krebserregenden Stoffen durch die Firma Amcor in Goldach SG angeführt (Löschschaum, der PFOS enthielt, floss in den Bodensee). Mangels geeigneter rechtlicher Instrumente wurde das Unternehmen mit einer Busse von lediglich 5'000 Franken

	bestraft. Die Ergänzung von Art. 102 Abs. 2 StGB um die Kategorie „Umweltdelikte“ sei deshalb rechtlich, politisch und ethisch angezeigt.
18.06.2025	Im Gegensatz zum NR lehnt der SR die Motion 20.3052 von Kurt Fluri (FDP/SO) ab, Verursacherorientierte Finanzierung der zusätzlichen Trinkwasseraufbereitungsanlagen infolge strengerer Grenzwerte für Pflanzenschutzmittel.
18.06.2025	Der SR lehnt die zwei GPK-Motionen 22.3873 “Fristen für die Umsetzung der Massnahmen des planerischen Grundwasserschutzes” und 22.3874 “Klärung und Stärkung der Aufsichtsinstrumente und Interventionsmöglichkeiten des Bundes im Bereich des Grundwasserschutzes” entgegen der Haltung von BR und NR ab.
18.06.2025	Der SR weist die Motion 25.3154 von Johanna Gapany (FDP/FR), Das Schweizer Gewässermonitoring an dasjenige der EU angleichen, an die UREK. Aus Sicht des VSA und der Eawag würde die Verlängerung der Zeit für Mischproben von 2 Wochen auf die ganze Vegetationsperiode de facto einer pauschalen Erhöhung von Grenzwerten gleichkommen.
18.06.2025	Der SR sendet die Änderung des Geoinformationsgesetzes 23.060 an den BR zurück. Bis der Bund oder die Kantone auch auf Daten von Dritten über den Untergrund (z.B. über Grundwasser) zugreifen können, dürfte also noch Zeit verstreichen.
20.06.2025	NR Aline Trede (GPS/BE) reicht eine Interpellation 25.3859 ein “Hat das Vorsorgeprinzip im Schweizer Gewässerschutz genügend Gewicht?”, in der sie auf die Diskrepanz der Beurteilung des bisherigen Erfolgs des Aktionsplans Pflanzenschutz zwischen Bundesrat und Forschung hinweist.
20.06.2025	NR Franziska Ryser (GPS/SG) verlangt mit ihrem Postulat 25.3920, dass der Bund ein System aufbaut, um einen Anstieg im Konsum synthetischer Opioide (insbesondere Fentanyl) früh zu erkennen. Die Forderung zielt u.a. auf das laufende Abwassermonitoring der Eawag und eine Verankerung des Projekts DroMedArio.
20.06.2025	Mehrere neu eingereichte Vorstösse drehen sich um PFAS und Mikroplastik, darunter die Motion 25.3865 von SR

Tiana Moser (GLP/ZH) für einen PFAS-Absenkpfad und die Motion 25.3868 von NR Mathilde Crevoisier (SP/JU), die eine Beschränkung der Zulassung von PFAS auf wesentliche Verwendungszwecke fordert.

Gerichte

03.06.2025 Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat ein interessantes Urteil gefällt, das eine nachträgliche Befristung einer Gewässernutzung als zulässig bezeichnet und Parallelen zeigt zur aktuellen Debatte in der Schweiz, die aus der Zeit gefallenen “ehehaften” Wasserrechte durch Konzessionen abzulösen. Das Eigentum an einer Anlage ergebe kein Recht zur Gewässernutzung, hält der BayVGH fest. Auch unterschiedliche Laufzeiten der Genehmigungen für die Anlage selbst und für die Gewässernutzung schlössen sich nicht aus. Der VGH stützt sich auf die WRRL, wonach sich die wasserwirtschaftlichen Anforderungen ändern können. Nur eine Befristung mache eine effiziente Umsetzung möglich.

18.06.2025 Das Bundesgericht publiziert seinen Entscheid gegen eine erweiterte Verwendung von Tefluthrin. Bisher war der Einsatz des Pflanzenschutzmittels der Firma Syngenta Agro auf Futter- und Zuckerrüben beschränkt. Die Firma wollte die Anwendung auf weitere Kulturen ausdehnen. Mit dem Urteil wird der Fall nun für eine Neubeurteilung dem Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) zugewiesen, u.a. müssen Drainagen berücksichtigt werden.

Weiteres

15.05.2025 Der Vorstand des Schweizerischen Wasserwirtschaftsverbands SWV beschliesst die Gründung einer Kommission “Ökologie” als Ergänzung zu den bisherigen Standbeinen Wasserkraft und Hochwasserschutz.

08.06.2025 SVGW: Wasserversorger sind besorgt wegen Trinkwasserqualität: Neue Forschung legt nahe, dass die Ewigkeitschemikalie TFA gefährlicher ist als bisher angenommen. Die EU prüft die Einführung eines Grenzwerts.

03.07.2025	Das Atomkraftwerk Beznau wird wegen Hitze vom Netz genommen. Der Bund legt fest, dass zum Schutz der Fische nach dem Einleiten des Kühlwassers die Temperatur in der Aare die Temperatur von 25 Grad nicht überschreiten darf. Bereits im Herbst 2023 hat die Axpo in einer Eingabe ans BFE eine Lockerung dieser Regel beantragt. Das BFE stellt einen Entscheid bis Ende 2025 in Aussicht.

EU / Ausland

22.05.2025	Wasserwerke wegen Belastung mit TFA am Rhein alarmiert: Nach dem neuesten Rhein-Bericht der Arbeitsgemeinschaft der Wasserwerke Bodensee-Rhein (AWBR) verbreitet sich die sogenannte Ewigkeitschemikalie Trifluoracetat (TFA) ungebremst weiter. Das Trinkwasser sei direkt betroffen und könnte irreversibel geschädigt werden. Seit dem ersten Nachweis 2016 hat sich die TFA-Konzentration verdoppelt: siehe auch Aqua & Gas.
04.06.2025	Die Europäische Kommission nimmt die Strategie zur Widerstandsfähigkeit der Wasserversorgung (“Europäische Wasserresilienzstrategie”) an. Sie will den Wasserkreislauf wiederherstellen und schützen, sauberes und erschwingliches Wasser für alle sichern und eine nachhaltige, widerstandsfähige, intelligente und wettbewerbsfähige Wasserwirtschaft in Europa schaffen.
13.06.2025	Europäische Kommission: Empfehlung zum Grundsatz „Wassereffizienz an erster Stelle“. Zur besseren Kontrolle der Wasserressourcen sollten bei Planungsentscheidungen, die sich auf den Wasserverbrauch und Wassereinsparmassnahmen auswirken, aktuelle Wasserbilanzen berücksichtigt werden.
23.06.2025	Der internationale Wasserverband (IWA) lanciert einen Aufruf an alle Regierungen, die Regulierungssysteme für Wasser- und Sanitärversorgung zu stärken. Darin enthalten sind eine gemeinsame Vision und Massnahmen zur Unterstützung klimaresistenter Regulierungsrahmen für Wasser- und Sanitärdienstleistungen.

Ausblick

Auf EU-Ebene steht die Beratung der Wasserresilienzstrategie an, u.a. mit den Schwerpunkten effizientere Nutzung (inkl. Wassersparen), verstärkte Reduzierung von Belastungen durch Arzneimittel, Pestizide, Antibiotikaresistenzen, PFAS und Mikroplastik. Ausserdem muss geklärt werden, wie die Herstellerverantwortung (entspricht dem Verursacherprinzip in der Schweiz) in der Kommunalabwasserrichtlinie, insbesondere im Pharmabereich, umgesetzt werden soll.

Im Herbst soll laut Bundesrat eine Änderung des Gewässerschutzgesetzes in die Vernehmlassung gehen, wo es um Verbesserungen im Bereich Trink- und Grundwasserschutz (u.a. Festlegung von Zuströmbereichen) sowie um eine Reduktion der Lachgasemissionen von Kläranlagen geht. Dabei sollen die Vorstösse 20.3625 (Motion Zanetti), 20.4261 und 20.4262 (WAK-N) berücksichtigt werden. Alle drei wurden schon 2021 vom Parlament gutgeheissen.

Eawag
Überlandstrasse 133 | CH-8600 Dübendorf
Tel. +41 58 765 51 04 | andri.bryner@eawag.ch

Wasser-Agenda 21
Forum Chriesbach | Überlandstrasse 133 | CH-8600 Dübendorf
Tel. +41 58 765 67 80 | yvonne.zollinger@wa21.ch

Diese E-Mail wurde an {{contact.EMAIL}} gesendet.
Sie haben diese E-Mail erhalten, weil Sie sich für unsere Mitteilung angemeldet haben.

Abmelden / Profil bearbeiten